

zu welchen mindestens ein Rat einen direkten oder indirekten Gegenentwurf beschlossen hat. Diese Zeitspannen zwischen drei und fünf Jahren sollen künftig als Gesamtfristen von der Einreichung der Initiative bis zum Urnengang gelten.

Das hat seine Vorteile. Ich möchte drei Beispiele von solchen Urnengängen nennen:

Ueber die Stadt-Land-Initiative wurde am 4. Dezember 1988 abgestimmt. Nach der neuen Regelung hätte schon 18 Monate früher darüber abgestimmt werden können.

Bei Tempo 130/100 hätten wir eine Vorverlegung von 10 Monaten. Ueber das Gewässerschutzgesetz, das noch hängig ist, hätte schon im Herbst 1989 abgestimmt werden müssen.

Mit dem Text der Motion sind wir bereits sehr gut angekommen. Sie haben es gehört: Der Initiant erklärt sich damit zufrieden, sieht er doch auch sein Anliegen darin vollständig berücksichtigt.

Herr Fischer-Seengen – mit einem ähnlichen Vorschlag wie Kollege Dünki – wird seinen Vorstoss zurückziehen, wenn die Kommissionmotion überwiesen wird.

Und schliesslich hat auch der Bundesrat zur Kommissionmotion bereits Stellung bezogen. Er wird sie entgegennehmen.

Die Kommission beantragt Ihnen daher mit 12 zu 2 Stimmen, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben, und mit 11 zu 2 Stimmen, ihre Motion zu überweisen.

Le président: La commission propose au Conseil national de ne pas donner suite à l'initiative parlementaire, mais de transmettre sa motion. M. Dünki se déclare d'accord.

Zustimmung – Adhésion

88.242

**Parlamentarische Initiative
(Reichling)
Erwerbstätigkeit der Ehegatten
von Magistratspersonen
Initiative parlementaire
(Reichling)
Activité professionnelle et politique
des conjoints de magistrats**

Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

Wortlaut der Initiative vom 8. Dezember 1988

Im Sinne von Artikel 21 des Geschäftsverkehrsgesetzes und Artikel 27 des Ratsreglementes unterbreite ich die folgende parlamentarische Einzelinitiative in der Form einer allgemeinen Anregung:

Die rechtlichen Grundlagen – insbesondere Artikel 31 VwOG und 4 OG – seien dahingehend zu ändern, dass die zulässige wirtschaftliche und politische Tätigkeit der Ehegatten von durch die Bundesversammlung gewählten Magistratspersonen geregelt wird.

Die neue Regelung soll keine Anwendung finden auf Ehegatten von Magistratspersonen, die bereits im Amt sind.

Texte de l'initiative du 8 décembre 1988

Conformément à l'article 21 de la loi sur les rapports entre les conseils et à l'article 27 du règlement du Conseil national, je dépose l'initiative parlementaire individuelle suivante, conçue en termes généraux:

Les bases légales – en particulier les articles 31 LOA et 4 OJ – doivent être modifiées de manière que l'activité économique et politique admissible des conjoints de magistrats élus par l'Assemblée fédérale soit réglée.

La nouvelle réglementation ne doit pas s'appliquer aux conjoints de magistrats déjà en exercice.

Herr **Blatter** unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

Wir unterbreiten Ihnen hiermit gemäss Artikel 21ter des Geschäftsverkehrsgesetzes den Bericht der vorprüfenden Kommission über die von Nationalrat Reichling am 8. Dezember 1988 eingereichte parlamentarische Initiative, welche in der Form einer allgemeinen Anregung eine Regelung der zulässigen wirtschaftlichen und politischen Tätigkeit der Ehegatten von durch die Bundesversammlung gewählten Magistratspersonen verlangt.

Die Kommission hat am 13. September 1989 den Initianten sowie zwei Experten (die Professoren Jean-François Aubert und Thomas Fleiner) angehört.

Schriftliche Begründung des Initianten

Es war offensichtlich die Auffassung des Verfassungs- und Gesetzgebers, dass unsere Magistratspersonen ihr hohes Amt im Dienste der Volksgemeinschaft ausüben können in einem Umfeld, das sie der wirtschaftlichen Sorgen des Alltags enthebt. Es sollte ihnen damit ermöglicht werden, ihre volle geistige und körperliche Kraft in den Dienst ihres Amtes, d. h. in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

Diese Absicht wird dadurch verwirklicht, dass für die Dauer der Amtstätigkeit jede zusätzliche Tätigkeit als Beamter, Berufsmann oder Gewerbetreibender untersagt wird, dafür aber ein Gehalt und nach dem Rücktritt vom Amt ein Ruhegehalt ausgerichtet wird, das dem Amtsträger und seiner Familie ein sorgenfreies und standesgemässes Leben sichern soll.

Diese Regelung stammt aus einer Zeit, als den Frauen noch keine politischen Rechte eingeräumt waren und – was für die Beurteilung der heutigen Situation wichtiger ist – die Ehefrauen praktisch ausnahmslos keine eigene berufliche Tätigkeit ausübten und die sicher häufige Mitarbeit im Gewerbe des Ehemannes mit seiner Wahl zur Magistratsperson automatisch zum Erliegen kam.

Die Situation hat sich in den letzten Jahrzehnten stark geändert. Männer und Frauen verfügen gleichermassen über eine vollständige berufliche Ausbildung, und es gehört zur verbreiteten Praxis, dass nach dem Eheschluss beide Partner einer mit den Familienpflichten vereinbarlichen beruflichen Tätigkeit nachgehen zur Anwendung der erworbenen Berufskennnisse und zur Entfaltung der Persönlichkeit. Immer häufiger werden die Mitglieder der Bundesversammlung in Zukunft in die Lage kommen, dass Persönlichkeiten zur Wahl vorgeschlagen werden, deren Ehegattin oder Ehegatte eine selbständige berufliche Tätigkeit ausübt. Wenn das heute sicher häufiger eintreten wird, wenn eine Frau zur Wahl vorgeschlagen wird, so wird sich das Verhältnis in den kommenden Jahren rasch verschieben.

Diese Entwicklung hat zur Folge, dass bei Weiterführung der selbständigen Erwerbstätigkeit durch den Ehegatten die Absichten des Verfassungsgebers durchkreuzt werden. Interessenkonflikte zwischen den Anforderungen des Amtes und den Berufsinteressen des Ehegatten, Gefahr der Verwicklung in rufschädigende Vorkommnisse, wirtschaftliche Zwangslagen, Gerichtsfälle, Aufgabe der gemeinsamen Familienwohnung werden nicht ausbleiben. Die Weiterführung der Geschäftstätigkeit der Magistratspersonen durch seinen Ehegatten wäre eine krasse Umgehung des Verfassungswillens.

Wir erleben seit Monaten die traurigen Auswirkungen eines Eheverhältnisses zwischen einer Magistratsperson – welche am Tag der Einreichung dieser Initiative gerade zur Vizepräsidentin des Bundesrates gewählt wurde – und einer Persönlichkeit mit exponiertem beruflichem Umfeld. Unabhängig vom bis heute ungeklärten Sachverhalt hat diese Angelegenheit das ganze Schweizervolk und einen weiten Interessenskreis des Auslandes beschäftigt, Vertrauensschwund in die Behörden, Wut oder Lob für die informierenden Behörden und Mitleid oder Schadenfreude für die Betroffenen ausgelöst. Ein Schaden wird auf jeden Fall zurückbleiben.

Der Verzicht auf eine offizielle Regelung für die Erwerbstätigkeit der Ehegatten von Magistratspersonen kann die Wahlchancen für viele erfolgversprechende Kandidaten, insbesondere für Frauen, erheblich schmälern, weil eine Magistratsper-

son für eine erfolgreiche Amtstätigkeit in mannigfacher Hinsicht auf die Unterstützung durch den Ehegatten angewiesen ist.

Die Zuweisung der Verantwortung für die Vermeidung ähnlicher Wiederholungen an die Fraktionen der Kandidaten ist kein tauglicher Weg. Viel zu häufig wird anstelle des vorgeschlagenen Kandidaten eine andere Persönlichkeit gewählt. Das Parlament in seiner Mehrheit kann nur die Verantwortung für die gewählte Person übernehmen, welche von ihrer Tätigkeit her bekannt ist. Die Rahmenbedingungen für die Amtsausübung müssen allgemeingültig sein. Es muss am Gewählten liegen, ob er unter den gegebenen Voraussetzungen das ihm anvertraute Amt annehmen kann.

Meine Initiative ist allgemein formuliert, sie bezweckt kein generelles Berufsverbot, aber doch eine Regelung, welche die offensichtlichen Risiken ausschliesst. Neben dem Bundesrat und dem Bundeskanzler sollen auch die Verhältnisse für die Mitglieder des Bundesgerichtes in die Ueberprüfung einbezogen werden, deshalb wurde der Begriff Magistratsperson gewählt.

Das Ziel meines Vorstosses besteht darin, unseren Magistratspersonen ein persönliches Umfeld zu gewährleisten, welches ihnen ermöglicht, ihr Amt mit aller Kraft und Hingabe im Sinne einer Dienstleistung am Volk zu erfüllen.

Erwägungen der Kommission

Die Kommission geht mit den Initianten einig, dass die Auswahl unter künftigen Bundesratskandidaten nach den im Fall Kopp gemachten Erfahrungen mit grösster Sorgfalt und hohem Verantwortungsbewusstsein vorgenommen werden muss. Die Kommission ist aber überzeugt, dass das aufgeworfene Problem nicht durch eine rechtliche Regelung der Erwerbstätigkeit der Ehegatten von Magistratspersonen angegangen werden sollte, weil

1. die vorgeschlagenen Massnahmen nicht geeignet sind, um das gesetzte Ziel zu erreichen;
2. eine entsprechende Gesetzgebung vor praktisch unlösbaren Problemen stehen würde;
3. die Bundesversammlung als Wahlbehörde ihre Souveränität und Verantwortung nicht beschränken lassen sollte;
4. andere, zweckmässigere Mittel zum selben Ziel führen.

1. Unzweckmässigkeit der vorgeschlagenen Massnahmen

Die Initiative bezweckt nach Absicht ihres Urheber, den Magistratspersonen ein persönliches Umfeld zu gewährleisten, welches ihre Amtsführung nicht behindern kann. Der Initiant geht offensichtlich von der Voraussetzung aus, dass in aller Regel die Ehe im Zentrum des persönlichen Umfeldes einer Magistratsperson steht. Dies mag früher selbstverständlich gewesen sein; in der heutigen Gesellschaft können jedoch auch für Magistratspersonen andere Formen zwischenmenschlicher Beziehungen einen ähnlichen Stellenwert wie die Ehe einnehmen. Eine rechtliche Regelung, die nur die Ehegatten von Magistratspersonen einbezieht, würde diese gegenüber den nicht in einer eherechtlich legitimierten oder legitimierbaren Beziehung stehenden Lebenspartnern von Magistratspersonen willkürlich diskriminieren.

Nicht nur Ehegatten, sondern auch andere enge Familienangehörige (Eltern, Kinder, Geschwister) können durch ihre wirtschaftlichen und politischen Aktivitäten eine Magistratsperson in ernste Interessenkonflikte stürzen und ihre Glaubwürdigkeit als Amtsperson erschüttern.

Willkürlich erscheint im übrigen auch die Beschränkung auf wirtschaftliche und politische Aktivitäten der Ehegatten von Magistratspersonen. Genauso kann auffälliges Fehlverhalten (z. B. Alkohol- oder Drogenmissbrauch) eines Ehegatten einer Magistratsperson deren öffentliches Ansehen untergraben.

Sollte das gesetzte Ziel, ein umfassender Schutz der Magistratspersonen vor Anfechtungen infolge eines ungeeigneten persönlichen Umfeldes, tatsächlich mit Hilfe rechtlicher Regelungen erreicht werden, so müsste diese Rechtsetzung viel umfassender ausgestaltet werden, als der Initiant dies vorsieht. Die unten weiter ausgeführte politische Fragwürdigkeit und gesetzestechische Unmöglichkeit einer solchen Rechtsetzung wird dadurch noch augenfälliger.

2. Gesetzgeberische Problematik bei einer Realisierung der Initiative

Kaum lösbar erscheint die Frage, wie die notwendige eindeutige Abgrenzung zwischen erlaubten und verbotenen wirtschaftlichen und politischen Aktivitäten der Ehegatten von Magistratspersonen ausgestaltet werden soll. Soll nur die dauernde berufliche Tätigkeit erfasst werden, oder sollen einmalige Erwerbshandlungen (wie z. B. der Kauf oder Verkauf eines Grundstücks) auch einbezogen werden? Sollen Ehegatten von Magistratspersonen in gewissen Erwerbszweigen (z. B. in Banken, im Immobilienhandel, als Rechtsanwälte, als politische Schriftsteller, usw.) generell nicht mehr tätig sein dürfen? Oder soll von Fall zu Fall entschieden werden? Durch welches Gremium, nach welchen Kriterien? Gilt eine einmal erteilte Erlaubnis, beispielsweise als Anwalt tätig sein zu dürfen, generell oder bedarf die Annahme jedes neuen Mandates der Genehmigung? Die Abgrenzungsprobleme lassen sich beliebig vermehren; diese Frage entzieht sich offensichtlich jeder vernünftigen und hinreichend präzisen rechtlichen Regelung.

Schwerwiegende Probleme stellen sich auch bei der Ausgestaltung der Sanktionen, falls die durch den Initianten geforderte Gesetzgebung verletzt würde. Nicht denkbar sind Sanktionen, die sich gegen den Ehepartner der Magistratsperson richten, da dessen persönliche Grundrechte dadurch verletzt würden. Denkbar sind Sanktionen gegen die Magistratsperson selbst, entweder in der Form von Bestimmungen über die Unwählbarkeit für bestimmte Kategorien von Bundesratskandidaten oder durch den Erlass von Normen über die Unvereinbarkeit von Amtsausübung und gleichzeitiger verbotener Erwerbstätigkeit des Ehepartners.

Wird der Weg über Unwählbarkeitsbestimmungen gewählt, so müsste eine Anmeldefrist für Bundesratskandidaten gesetzt werden, um diese vor der Wahl gründlich zu überprüfen. Ungelöst bliebe das Problem, was zu geschehen hätte, wenn der Ehepartner der Magistratsperson erst nach deren Wahl unerlaubte Aktivitäten aufnimmt. Hier müssten Unvereinbarkeitsbestimmungen eingreifen. Es müsste ein Verfahren der Abberufung amtierender Bundesräte geschaffen werden, nicht etwa wegen deren eigenem Fehlverhalten, sondern wegen der Aktivitäten von Drittpersonen, auf die die Abzuberufenden unter Umständen keinen Einfluss haben.

Artikel 167 ZGB lautet: «Bei der Wahl und Ausübung seines Berufes oder Gewerbes nimmt jeder Ehegatte auf den andern und das Wohl der ehelichen Gemeinschaft Rücksicht.» Folglich kann ein Ehegatte nicht verlangen, dass der andere auf eine Erwerbstätigkeit verzichtet, wenn er sich nicht auf das Wohl der ehelichen Gemeinschaft, sondern auf das Gemeinwohl beziehen muss. Als Abberufungsbehörde müsste die Wahlbehörde amtierend. Zweifellos wäre die Bundesversammlung wenig geeignet, um ein derartiges quasi-gerichtliches Verfahren durchzuführen, bei dem auch die Rechte des Angeeschuldigten gewährleistet sein müssten.

3. Die Stellung der Bundesversammlung als Wahlbehörde

Die durch den Initianten verlangte Regelung würde die Verantwortung, die Stellung und die Souveränität der Bundesversammlung als Wahlbehörde wesentlich beeinträchtigen. Die Bundesversammlung wäre nicht mehr frei zu wählen, wen sie will und wen sie für geeignet hält. Es lässt sich leicht vorstellen, dass aufgrund einer solchen Regelung Kandidaten aus rein formellen Gründen nicht gewählt werden können, obwohl ihre persönlichen Verhältnisse keinen ernsthaften Anlass zu Befürchtungen über mögliche Interessenkonflikte geben. Umgekehrt ist denkbar, dass andere im Sinne des Initianten gefährdete Kandidaten durch eine solche Regelung, die ja nie alle möglichen Risiken abdecken kann, nicht erfasst werden, diese aber im Vertrauen auf die erlassene Gesetzgebung dennoch gewählt werden.

4. Alternative zur Initiative

Wie bereits eingangs festgehalten, hat der Initiant ein Thema von grosser staatspolitischer Bedeutung aufgegriffen. Es muss nach Möglichkeit verhindert werden, dass Magistratspersonen wegen dem Verhalten oder der Aktivitäten enger Bezugspersonen in ernsthafte Interessenkonflikte geraten. Wie dargelegt, entbehrt diese Problematik der rechtlichen Lösungsmöglichkeiten. Sollte dies dennoch versucht werden, so

ergeben sich zahlreiche neue, nicht minder schwerwiegende Probleme. Die Lösung kann nur mit politischen Mitteln erreicht werden: durch eine gründliche, verantwortungsbewusste Auswahl der Kandidaten durch die Fraktionen und die Bundesversammlung. Die Auswahlkriterien lassen sich nicht generalisieren und «verrechtlichen»: jeder Kandidat muss mit seinem persönlichen Umfeld individuell geprüft werden. Fehlentscheide lassen sich nie generell ausschliessen, weder durch Reglementierungen noch bei verantwortungsbewusstem Handeln. Der bisher einzige Fall in der Geschichte des Bundesstaates, bei dem das persönliche Umfeld eines Mitgliedes des Bundesrates zu ernsthaften Problemen führte, dürfte die Wahlbehörde zu erhöhter Vorsicht bezüglich möglicher Interessenkonflikte künftiger Bundesratskandidaten veranlassen und dadurch viel wirkungsvoller als jede Reglementierung das Risiko von künftigen Fehlentscheiden vermindert haben.

M. Blatter présente, au nom de la commission, le rapport écrit suivant:

Nous vous soumettons, conformément à l'article 21ter de la loi sur les rapports entre les conseils, le rapport de la commission préparatoire concernant l'initiative parlementaire déposée par M. Reichling, conseiller national, le 8 décembre 1988 sous forme de projet conçu en termes généraux et demandant une réglementation de l'activité économique et politique des conjoints des magistrats élus par l'Assemblée fédérale. La commission a entendu l'auteur de l'initiative ainsi que deux experts (les professeurs Jean-François Aubert et Thomas Fleiner) le 13 septembre 1989.

Développement par écrit de l'auteur de l'initiative

La volonté manifeste du constituant et du législateur était que nos magistrats puissent exercer leur mandat tout en étant à l'abri des soucis financiers, de telle sorte qu'ils puissent investir pleinement leurs forces physiques et mentales au service de la collectivité.

C'est à cette fin que, pendant toute la durée de leur mandat, toute activité supplémentaire comme fonctionnaire, professionnel indépendant ou exploitant d'entreprise leur est interdite et qu'ils reçoivent en contrepartie un traitement ainsi qu'une pension de retraite assurant au magistrat et à sa famille une existence libre de soucis financiers et conforme à la dignité de leur fonction.

Cette réglementation date d'une époque où les femmes ne jouissaient pas encore de droits politiques. Plus important encore pour l'appréciation de la situation actuelle, les femmes mariées, presque sans exception, n'exerçaient pas d'activité professionnelle. Si, comme c'était souvent le cas, elles assistaient leur mari dans son entreprise, elles cessaient toute activité au moment de l'élection de leur époux.

Cette situation s'est fortement modifiée ces dernières décennies. Nombre de femmes possèdent une formation professionnelle complète à l'instar des hommes et il est fréquent que les deux partenaires poursuivent après le mariage une activité professionnelle compatible avec les charges familiales, de manière à pratiquer les connaissances professionnelles acquises et à continuer à épanouir leur personnalité. Les députés auront donc de plus en plus souvent à élire des magistrats dont l'époux ou l'épouse exerce encore une activité professionnelle propre. Si cette situation se présente actuellement plus fréquemment lorsqu'il s'agit d'élire une femme, la proportion se modifiera certainement ces prochaines années.

La situation créée lorsque le conjoint d'un magistrat continue à exercer une activité professionnelle va à l'encontre des intentions du constituant. Il y a alors risque de conflit entre les impératifs du mandat et les intérêts professionnels du conjoint, d'incidents dommageables pour la réputation du magistrat, de situations économiquement contraignantes, de procédures judiciaires, ce à quoi s'ajoute souvent la nécessité de renoncer à faire ménage commun. Quant à une reprise pure et simple de l'activité professionnelle du magistrat par son conjoint, elle équivaudrait à une grossière violation de la volonté du constituant.

Nous avons vécu ces derniers mois les tragiques conséquen-

ces d'un lien conjugal entre un magistrat – élu d'ailleurs à la vice-présidence du Conseil fédéral le jour même du dépôt de la présente initiative – et un conjoint exerçant une profession à risques. Quels que soient les faits, qui restent à éclaircir, cette affaire a secoué l'opinion suisse et mondiale, amoindri la confiance en nos autorités, et suscité selon le cas la colère ou la louange à l'égard des dénonciateurs ainsi que la sympathie ou le mépris à l'encontre des personnes touchées. Quoi qu'il en soit, un dommage permanent en résultera.

Si l'on renonce à régler officiellement l'activité professionnelle des conjoints de magistrats, on risque de diminuer fortement les chances de candidats prometteurs, en particulier de femmes, car le succès d'un magistrat dans l'exercice de son mandat dépend dans une large mesure du soutien apporté par son conjoint.

Confier au groupe parlementaire dont le candidat est membre la responsabilité d'éviter la résurgence de tels incidents n'est pas idoine. Trop souvent, on se contente de désigner un autre candidat au lieu de celui qui était proposé. Le Parlement ne peut assumer majoritairement la responsabilité du choix du candidat que si l'activité de celui-ci lui est connue. Les conditions générales présidant à l'exercice d'un mandat doivent être valables pour tous. C'est en dernier ressort au candidat élu de déterminer s'il peut accepter le mandat à lui confié au regard des circonstances.

Mon initiative est formulée en termes généraux car elle ne vise pas une interdiction générale d'exercer une profession mais plutôt une réglementation excluant les risques les plus patents. Le terme de magistrat a été choisi de manière à inclure, outre les conseillers fédéraux et le chancelier de la Confédération, les membres du Tribunal fédéral.

Le but de mon intervention est de garantir à nos magistrats une situation personnelle leur permettant de se vouer de toutes leurs forces au service du peuple.

Considérations de la commission

La commission partage l'avis de l'initiateur en ce que le choix de futurs candidats au Conseil fédéral devra être fait avec le plus grand soin à la lumière de l'«affaire Kopp». La commission est néanmoins persuadée que le problème soulevé ne devrait pas être abordé par une réglementation légale de l'activité professionnelle des conjoints de magistrats, et ce pour les motifs suivants:

1. les mesures proposées ne sont pas aptes à atteindre le but visé;
2. une telle réglementation se heurterait à d'insolubles difficultés en pratique;
3. l'Assemblée fédérale ne doit pas restreindre sa liberté d'appréciation en matière d'élections de magistrats;
4. il existe d'autres moyens, mieux adaptés, pour atteindre le but visé.

1. Inopportunité des mesures proposées

De l'avis même de l'auteur, l'initiative vise à garantir aux magistrats une situation personnelle qui n'entrave pas leur capacité d'exercer leur mandat. Il part manifestement de l'idée que le mariage représente le centre de la situation personnelle du magistrat. Si cette idée allait de soi autrefois, il reste que dans la société actuelle d'autres formes de relations personnelles peuvent occuper une place semblable dans la vie du magistrat. Une réglementation légale ne visant que le conjoint discriminerait arbitrairement le compagnon de vie qui n'aurait pas contracté de mariage avec le magistrat.

En outre, non seulement le conjoint, mais aussi d'autres proches du magistrat (parents, enfants, frères et soeurs) peuvent, par leur activité économique ou politique, entraîner un magistrat dans de graves conflits d'intérêts ou ruiner sa réputation.

Le fait de se borner aux activités professionnelles des conjoints de magistrats paraît d'ailleurs arbitraire. La réputation d'un magistrat peut tout autant être ruinée en raison du comportement social indésirable du conjoint (par exemple alcoolisme ou toxicomanie).

Si l'on voulait vraiment garantir, par des dispositions légales, une protection contre les attaques visant un magistrat en raison d'un entourage personnel inopportun, il faudrait alors instituer une législation beaucoup plus élaborée que le propose

l'initiateur. L'inopportunité politique et l'impossibilité technique légale d'une telle législation, plus détaillées ci-après, n'en seraient alors que plus évidentes.

2. Problèmes législatifs en cas de réalisation de l'initiative

L'indispensable délimitation entre activités professionnelles autorisées et interdites des conjoints de magistrats soulève des difficultés virtuellement insurmontables. Faut-il régler seulement l'activité professionnelle durable ou inclure les transactions isolées (par exemple achat ou vente d'un terrain)? Faut-il désormais interdire aux conjoints de magistrats de travailler dans certaines branches (par exemple dans la banque, le courtage immobilier, ou encore comme avocat d'affaires ou publiciste)? Faut-il décider cas par cas? Quel organe s'en chargera et selon quels critères? Une autorisation générale, par exemple d'exercer comme avocat, suffit-elle, ou faut-il soumettre chaque nouveau mandat à autorisation? On pourrait continuer indéfiniment cette liste de questions. Il est donc manifeste que ce domaine ne peut être soumis à une réglementation suffisamment précise.

De sérieux problèmes se posent aussi dans la définition des sanctions en cas de violation de la réglementation proposée par l'initiateur. On ne peut envisager des sanctions contre le conjoint du magistrat car elles lèseraient ses droits fondamentaux. On peut concevoir des sanctions contre le magistrat, soit sous forme de dispositions sur l'inéligibilité de certains candidats au Conseil fédéral, soit sous forme de règles sur l'incompatibilité entre l'exercice d'un mandat et certaines activités professionnelles du conjoint. Si l'on choisit la voie des dispositions sur l'inéligibilité, il faudra fixer un délai de dépôt des candidatures au Conseil fédéral afin de pouvoir les examiner à fond. Resterait alors le problème posé lorsque le conjoint d'un magistrat ne commence l'exercice d'activités interdites qu'après l'élection. Il faudrait appliquer en ce cas des dispositions sur l'incompatibilité et instituer une procédure de révocation d'un conseiller en exercice, non pas en raison d'un manquement de sa part, mais à cause des activités de tiers sur lesquels les magistrats peuvent dans certains cas n'avoir aucune influence. On trouve à l'article 167 du Code civil: «Dans le choix de sa profession ou de son entreprise et dans l'exercice de ses activités, chaque époux a égard à la personne de son conjoint et aux intérêts de l'union conjugale». Nul ne peut donc exiger que son conjoint renonce à son activité professionnelle en invoquant l'intérêt public et non les intérêts de l'union conjugale. L'autorité qui a nommé devrait alors intervenir comme autorité qui révoque. L'Assemblée fédérale serait bien mal placée pour engager une procédure quasi judiciaire dans laquelle il faudrait d'ailleurs veiller à protéger aussi les droits de l'«inculpé».

3. Statut de l'Assemblée fédérale en tant qu'autorité de nomination

La réglementation proposée par l'initiateur amoindrirait la compétence, le statut et la souveraineté de l'Assemblée fédérale en tant qu'autorité de nomination. Elle ne serait plus libre d'élire qui elle veut et qui elle juge qualifié. On imagine facilement que des candidats pourraient ne pas être élus uniquement en vertu d'une telle réglementation, et ce bien que leur situation personnelle ne fournisse aucun motif sérieux de craindre d'éventuels conflits d'intérêts. Inversement, on peut penser que des candidats à risques, au sens entendu par l'initiateur, pourraient néanmoins être élus sur la base de la confiance en la législation établie, car il est impossible qu'une législation prévienne tous les cas.

4. Solutions alternatives à l'initiative

Comme nous l'avons déjà souligné, l'auteur de l'initiative aborde un thème d'une grande portée politique. Il faut éviter autant que possible que des magistrats soient victimes de graves conflits d'intérêts en raison du comportement ou des activités de leurs proches. Mais comme nous l'avons montré, ce problème se dérobe à une solution purement juridique. Si l'on veut néanmoins tenter de le faire, de nombreux problèmes surgissent, lesquels ne sont pas moins délicats. La solution ne peut donc être que politique, autrement dit par un choix rigoureux des candidats par les groupes politiques et par l'Assemblée fédérale. Les critères de ce choix ne peuvent ni être fixés de manière générale ni réglés juridiquement. Il faut examiner

avec soin chaque candidat ainsi que son environnement personnel. Il est tout aussi impossible d'exclure définitivement tout risque d'erreur, que ce soit par une réglementation ou par le soin apporté à la procédure d'élection. L'unique cas, dans l'histoire de notre Etat fédéral, dans lequel l'entourage d'un membre du gouvernement a provoqué de graves problèmes, devrait inciter l'autorité de nomination à une prudence redoublée quant au risque de conflit d'intérêts des futurs candidats au Conseil fédéral et diminuer par là le risque de nouvelles erreurs plus efficacement que n'importe quelle réglementation.

Antrag der Kommission

Die Kommission hat mit 15 gegen 2 Stimmen beschlossen, dem Nationalrat zu beantragen, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben.

Antrag Reichling

Der parlamentarischen Initiative Folge geben.

Proposition de la commission

La commission a décidé par 15 voix contre 2 de recommander au Conseil national de ne pas donner suite à l'initiative.

Proposition Reichling

Donner suite à l'initiative.

Reichling: Mit meiner parlamentarischen Initiative verlange ich eine gesetzliche Regelung bezüglich der Erwerbstätigkeit der Ehegatten von Magistratspersonen. Dabei stehen die Mitglieder des Bundesrates im Vordergrund. Ob eine Regelung auch für die Mitglieder des Bundes- und Versicherungsgerichtes angezeigt wäre, müsste ich einer genaueren Prüfung überlassen.

Wir haben vor zwei Jahren erleben können, wie durch die Erwerbstätigkeit des Ehegatten unserer ersten Bundesrätin nicht nur sie selbst und die Behörde, sondern auch – ich darf es wohl sagen – das ganze Volk in eine recht ungemütliche Lage versetzt wurden.

Ich weise darauf hin, dass ich meine parlamentarische Initiative eingereicht habe, als Frau Bundesrätin Kopp noch im Amt war, bevor uns bekannt war, welche Telefongespräche stattgefunden hatten, die in der Folge zum Rücktritt führten. Es war also aus meiner Sicht keine Reaktion auf die Geschehnisse im Dezember, sondern es war der Ausfluss dessen, was während Monaten in der Presse des In- und Auslandes geschrieben worden war.

Anlass war meine tiefe Besorgnis um die Auswirkungen der monatelangen Diffamierungskampagne im In- und Ausland, der zuerst einmal der Ehegatte und die Familie eines Regierungsmitgliedes ausgesetzt waren und die unserem Land, unseren Behörden und uns allen grossen Schaden zugefügt hat. Wer von Ihnen diesbezügliche Gespräche auch mit übrigen Europäern führen konnte, hat feststellen können, wie sehr im Ausland von diesem Geschehen Kenntnis genommen wurde. Die Funktion und die Autorität unserer Regierung ist damals stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Unter dem Eindruck dieser Betroffenheit habe ich die parlamentarische Initiative eingereicht.

Es ist gemäss Artikel 97 der Bundesverfassung der offensichtliche Wille des Verfassungsgebers, dass die Mitglieder des Bundesrates ihre volle geistige und körperliche Kraft in den Dienst ihres Amtes stellen können. Das hohe, für Volk und Staat repräsentative Amt soll nicht durch Verflechtungen, aber auch nicht durch Sorgen beeinträchtigt oder sogar kompromittiert werden. Diese Zielsetzung von Artikel 97 der Bundesverfassung sollte auch heute, im Zeitalter der vielfältigen beruflichen Tätigkeit beider Ehegatten – das war seinerzeit, als die Verfassung geschaffen wurde, noch nicht der Fall –, beachtet werden und Gültigkeit haben. Das Mandat eines Bundesrates, das heute – mehr als je zuvor – die volle Hingabe des Inhabers erfordert, soll als echte und uneigennützig Dienstleistung am Volk aufgefasst werden. Es soll nicht der Selbstverwirklichung dienen, auch nicht dem Machtstreben und soll nicht durch mögliche Interessenkonflikte erschwert oder kompromittiert werden. Damit dieses hohe ethische Ziel erreicht werden

kann, bedarf es infolge der heutigen gesellschaftlichen Entwicklung einer ergänzenden Regelung.

Das von der Kommissionsmehrheit in den Vordergrund geschobene Verantwortungsbewusstsein der Fraktionen bei der Selektion der Kandidaten hat sich, wie die Erfahrung zeigt, als unwirksam erwiesen. Die freisinnig-demokratische Fraktion hat seinerzeit erklärt, sie habe alle möglichen Erschwernisse geprüft, bevor sie sich für diese Kandidatur entschieden habe. Diese Auffassung der Kommissionsmehrheit lässt aber auch vollständig ausser acht, dass es in den letzten Jahren regelmässig vorgekommen ist, dass nicht die von den Fraktionen vorgeschlagenen Kandidaten, sondern solche in den Bundesrat gewählt wurden, die von ihren Fraktionen nicht unterstützt worden waren. Für solche Kandidaten kann dann die Fraktion schon gar nicht die Verantwortung übernehmen, auch der Rat wahrscheinlich nicht. Denn es ist uns ja nicht möglich, die Verhältnisse bei Kandidaten, sei es für den Bundesrat oder das Bundesgericht, im Detail zu prüfen.

Die Initiative verlangt kein Berufsverbot, das möchte ich festhalten. Ich würde auch meinen, dass der Grossteil der beruflichen Tätigkeiten irrelevant ist. Ob ein solcher Gatte eine Professur ausübt oder sonst eine Tätigkeit, das mag nicht relevant sein. Ich bin aber der Auffassung, dass eine direkte Interessenvertretung als Rechtsanwalt oder die Mitgliedschaft im Verwaltungsrat einer grösseren Gesellschaft durchaus eine Bedeutung haben könnte, die eine Unvereinbarkeit mit dem Amt des Ehegatten bewirken würde, weil direkte Interessenverflechtungen dann gegeben sein könnten.

Es ist mir ein persönliches Anliegen: Wie Sie in diesem Falle entscheiden, das ist mir im Prinzip gleichgültig. Ich werbe deshalb auch nicht für Unterstützung, würde aber meinen, Sie selbst müssen die Verantwortung übernehmen für das, was Sie jetzt entscheiden. Wir haben ein Ausschliessungsverfahren für die Mitglieder des Bundesrates: Auch dort könnten wir sagen, es liegt an uns zu prüfen, was ein Mitglied der Regierung noch tun darf. Dort erachten wir eine gesetzliche Regelung als notwendig. Wir haben auch eine Regelung für Diplomaten, die unser Land im Ausland vertreten. Früher galt eine solche Regelung für sämtliche Bundesbeamten. Ich beantrage Ihnen nur eine Regelung für die höchsten Repräsentanten unseres Landes, weil bei einer Kompromittierung das ganze Volk darunter zu leiden hat.

Ich beantrage Ihnen deshalb, meiner Initiative zuzustimmen, damit diese Frage von einer Kommission im Detail geprüft werden kann und, wenn es für notwendig befunden wird, Ihnen ein Antrag unterbreitet werden kann.

Blatter, Berichterstatter: Ich erachte es als sehr wichtig, dass wir unsere Beratung über die Zweckmässigkeit der parlamentarischen Initiative Reichling mit einer gewissen Distanz zum Rücktritt von Elisabeth Kopp durchführen. Der Initiant hat diese Sachlichkeit selber dadurch unterstrichen, dass er seine Initiative nicht nach dem Rücktritt von Elisabeth Kopp eingereicht hat, sondern unmittelbar nach deren Wahl zur Vizepräsidentin des Bundesrates.

Der Initiant hat bei der Begründung seiner Initiative vor der Kommission folgerichtig festgehalten: «Ich bin mit meiner Initiative in eine heikle Situation geraten. Einen Tag später hätte ich sie nicht mehr einreichen können.» Trotzdem ist die vom Initianten aufgeworfene Problematik von grosser Bedeutung und musste eingehend geprüft werden. Da die Erwerbstätigkeit der Ehegatten der Bundesräte bis heute im Parlament noch nie behandelt wurde, war die Dokumentation sehr bescheiden, und die Kommission erachtete es als notwendig, zwei Experten anzuhören. Die Professoren Aubert und Fleiner wurden eingeladen, zu Fragen Stellung zu nehmen. Professor Fleiner kommt zum Schluss: «Ich habe sowohl aus verfassungsrechtlichen als auch aus praktischen Gründen – ähnlich wie Herr Aubert – Bedenken, eine solche Regelung in irgendeiner Weise rechtlich zu fixieren.»

Im übrigen sind beide Referate in einem vollständigen Wortprotokoll anlässlich der Kommissionssitzung vom 13. September 1989 festgehalten worden.

Aufschlussreich ist der Vergleich mit dem Ausland sowie der alten Gesetzgebung über die Bundesbeamten. Einschränkungen der Erwerbstätigkeit von im selben Haushalt lebenden Familienangehörigen von Bundesbeamten waren im Beamtengesetz vom 30. Juni 1927 enthalten. Diese Bestimmungen wurden bei der Revision vom Dezember 1986 ersatzlos gestrichen. Demzufolge fehlt in der Beamtenordnung jeder entsprechende Hinweis.

Der Bundesrat beantragte 1986 die Streichung mit der Begründung, es sollten unzeitgemässe Bestimmungen beseitigt werden. Die Räte stimmten diesem Antrag diskussionslos zu. Gemäss Auskunft der Parlamentsdienste des Deutschen Bundestages und des österreichischen Parlamentes existieren in beiden Ländern keine rechtlichen Normen, die die Erwerbstätigkeit der Ehegatten des Staatspräsidenten, der Mitglieder der Regierung oder des obersten Gerichtes einschränken.

Die Kommission geht jedoch mit dem Initianten dahin einig, dass die künftigen Bundesratswahlen mit grösster Sorgfalt und hohem Verantwortungsbewusstsein vorgenommen werden müssen. Die Kommission ist aber davon überzeugt, dass das Problem nicht mit gesetzlichen Massnahmen und einschneidenden Regelungen über die Erwerbstätigkeit der Ehegatten von Bundesräten gelöst werden kann:

1. Die vorgeschlagenen Massnahmen sind nicht dazu geeignet, das Ziel zu erreichen.
2. Eine entsprechende Gesetzgebung würde vor praktisch unlösbare Probleme gestellt.
3. Die Vereinigte Bundesversammlung als Wahlbehörde sollte ihre Souveränität und Verantwortung nicht einschränken lassen.
4. Andere zweckmässige Mittel führen zum selben Ziel.

Was ist die Alternative zur Initiative? Der Initiant hat ein Thema von grosser staatspolitischer Bedeutung aufgegriffen. Die Lösung kann nicht mit gesetzlichen, sondern nur mit politischen Mitteln erreicht werden.

Seit 1948 hat sich das Wahlverfahren im grossen und ganzen bewährt. Es ist ein Ausnahmefall, der uns heute beschäftigt. Das Parlament kennt seine Kandidaten jeweils recht genau, viel besser als der Wähler auf der Strasse. Die Wahlvoraussetzungen und Fähigkeiten der Kandidaten werden von den Parteien und den beiden Räten in der Regel viel feiner, privater und umfassender bewertet, als dies bei einer mit einem grossen Werbeaufwand durchgeführten Volkswahl der Fall wäre. Der bisher einzige Fall in der Geschichte des Bundesstaates, bei dem das persönliche Umfeld eines Mitgliedes des Bundesrates zu ernsthaften Problemen führte, dürfte die Wahlbehörde zu erhöhter Vorsicht veranlassen, was viel wirkungsvoller als jedes Reglement sein dürfte. Fragen der politischen Moral und des Gewissens können nicht durch Gesetze gelöst werden.

Im Namen der Kommission, mit einem Stimmenverhältnis von 15 zu 2 Stimmen, beantrage ich Ihnen, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben.

M. Eggy, rapporteur: Je serai très bref puisque ce sujet figure en catégorie V et que vous avez reçu un rapport écrit.

Cette proposition a été lancée dans l'émotion de l'affaire ou du cas Kopp. Quand bien même cette initiative parlementaire n'a pas été déposée après la première démission de Mme Kopp, elle l'a été en considération de tout ce qui s'était passé et au moment de l'élection à la vice-présidence de Mme Kopp.

Or, une proposition de cet ordre, lancée sous le coup de l'émotion, n'a évidemment pas pris le temps de la réflexion. En commission, nous avons pris cette affaire au sérieux puisque nous avons même entendu des professeurs de droit constitutionnel. Ils nous ont fait remarquer que, tant du point de vue du droit constitutionnel que du point de vue pratique, une telle proposition posait bien des problèmes. A vrai dire, les cas d'incompatibilité actuels posés dans la constitution suffisent largement.

Enfin, on peut se demander si l'on n'entrerait pas, par le biais d'une réglementation sur les activités économiques et politiques des conjoints, de manière inadmissible et inacceptable dans la sphère privée des conjoints. Au moment même où l'on parle tellement d'individualité, d'égalité entre la femme et l'homme – elle doit être réciproque – est-il normal d'attacher tellement les deux membres d'un couple l'un à l'autre que l'activité de l'un doit être paralysée par les activités de l'autre?

En outre, il y a lieu de prendre en considération la liberté d'action de l'Assemblée fédérale de choisir qui elle veut. Avec une réglementation limitative, on diminuerait notre pouvoir d'appréciation politique au moment de l'élection, et cela ne serait pas acceptable pour la majorité de la commission.

D'ailleurs, les limitations suggérées par M. Reichling, avec la sphère économique et la sphère politique, peuvent être discutées. D'autres comportements de conjoints peuvent embarrasser soudain le magistrat. Si une épouse de conseiller fédéral devient alcoolique notoire, pendant la période d'activité du magistrat, ou bien – ce qu'à Dieu ne plaise et on voit mal une épouse de l'un de nos conseillers fédéraux actuels tomber dans cet état – si elle devient l'amante d'un terroriste dangereux, voilà quelque chose qui peut embarrasser le magistrat en exercice.

Pour toutes ces raisons, je suis d'avis qu'il faut en rester à la responsabilité politique des fractions et de l'Assemblée fédérale. Les précautions à prendre – l'expérience l'a montré – sont réelles, mais elles ne sont pas de l'ordre législatif ni de l'ordre réglementaire, elles sont du ressort de la responsabilité politique des uns et des autres, aussi bien des candidats que des conjoints, que des groupes politiques, que de l'Assemblée fédérale.

C'est pourquoi, à une large majorité de 15 voix contre 2, votre commission vous prie de ne pas donner suite à l'initiative Reichling.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	78 Stimmen
Für den Antrag Reichling	25 Stimmen

90.653

Motion Dormann

Brotgetreide für den Ostblock und Afrika

Céréales panifiables pour les pays d'Europe de l'Est et d'Afrique

Wortlaut der Motion vom 22. Juni 1990

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Vorlage zu präsentieren, die die gesetzliche Grundlage für die Schenkung von Brotgetreide-Ueberschussmengen an die notleidende Bevölkerung von Staaten des Ostblocks und Afrikas schafft.

Texte de la motion du 22 juin 1990

Le Conseil fédéral est chargé de soumettre au Parlement un projet instituant des bases légales permettant de faire don de surplus de céréales panifiables aux populations nécessiteuses des pays d'Europe de l'Est et d'Afrique.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Blatter, Bürgi, Columberg, Fischer-Sursee, Hänggi, Hess Peter, Iten, Jung, Ruckstuhl, Widrig (10)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

In unserem Land werden bedeutende und tendenziell steigende Ueberschussmengen an Brotgetreide produziert und dem Bund abgeliefert. Die Ueberschussmengen werden dann per Einfärbung zu «billigen» Futtermittel degradiert, wobei der Bund die Riesenverluste bezahlt. Wenn dieser Vorgang agrarwirtschaftlich noch einigermaßen vertretbar sein könnte, so ist er es auf jeden Fall unter ethischen Gesichtspunkten nicht. Brot ist immer noch Brot und verlangt in sich Achtung und Würde und ist nicht einfach ein Nahrungs- und Futtermittel.

Andererseits benötigen zurzeit zahlreiche Staaten Afrikas und des Ostblocks dringend Brotgetreide. Insbesondere die Berichte aus Eritrea und Aethiopien sind erschütternd. Mit der Verabschiedung der Bundesrats-Verordnung zur Botschaft über die Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten hat der Bundesrat wenigstens gegenüber diesen Regionen ein erstes Zeichen der Solidarität gesetzt. Auch wenn es etwas kostet, darf nach Auffassung der CVP-Fraktion die Solidarität mit den Menschen in den Ostblockstaaten und den ebenso notleidenden afrikanischen Staaten in der jetzigen schwierigen Situation nicht nachlassen. Selbstverständlich darf es nicht darum gehen, mit diesen Brotgetreidelieferungen die Landwirtschaft in diesen Ländern zu konkurrenzieren. Vielmehr muss es darum gehen, in einer ausserordentlichen Notlage im Sinne einer Soforthilfe zu handeln.

In diesem Sinn fordert die CVP-Fraktion den Bundesrat auf, die gesetzlichen Grundlagen für die Schenkung der Brotgetreide-Ueberschussmengen an die notleidende Bevölkerung der erwähnten Regionen zu schaffen und eine entsprechende Vorlage dem Parlament unverzüglich zu präsentieren.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 22. August 1990

Rapport écrit du Conseil fédéral du 22 août 1990

Grundsätzlich muss zwischen der Situation in vom Hunger bedrohten Entwicklungsländern und jener in Osteuropa unterschieden werden.

1. Entwicklungsländer

In Kenntnis der Probleme, die mit Ueberschusslieferungen verbunden sind, hat sich der Bundesrat bereits vor mehreren Jahren die Empfehlungen eines Postulats der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrats vom 3. Juni 1985 zu eigen gemacht, wonach Nahrungsmittel wenn immer möglich im Empfängerland selbst oder in der Region zu beschaffen sind. Ferner soll die Nahrungsmittelhilfe den Konsumgewohnheiten der lokalen Bevölkerung entsprechen, keine dauernde Importabhängigkeit erzeugen und die Eigenproduktion von Nahrungsmitteln nicht beeinträchtigen. Aus diesen Gründen stehen in bezug auf die Nahrungsmittelhilfe mit Getreide seit Jahren Lokal- und Regionalkäufe im Vordergrund. Der Bundesrat verweist in diesem Zusammenhang auch auf seine Botschaft über die Weiterführung der internationalen humanitären Hilfe der Eidgenossenschaft vom 25. Mai 1988. Darin wird deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sich die Nahrungsmittelhilfe wie die humanitäre Hilfe überhaupt nach den Bedürfnissen der begünstigten Bevölkerung und nicht nach den zur Verfügung stehenden Produkten zu richten hat.

In zahlreichen afrikanischen Ländern, deren Bevölkerung heute vom Hunger bedroht ist, besteht das Problem jedoch nicht in der ungenügenden Nahrungsmittelhilfe als solcher. Vielmehr wird die Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittelhilfe durch bewaffnete Auseinandersetzungen erschwert oder verunmöglicht oder ist mit extrem hohen Kosten belastet, die ein Mehrfaches des Warenwertes erreichen können. Dies gilt sowohl für Aethiopien als auch für den Sudan, Angola und Mozambique. Die Schweiz beteiligt sich an den internationalen Bestrebungen, Nahrungsmittelhilfe in diesen Hungergebieten zu ermöglichen und arbeitet zu diesem Zweck eng mit schweizerischen Hilfswerken und internationalen Organisationen zusammen. Im Fall von Aethiopien hat sie zudem zusammen mit anderen Geberländern einen Aufruf an die Konfliktparteien gerichtet, humanitäre Hilfe in das betreffende Gebiet zuzulassen.

Konkret bestehen diese Hilfeleistungen aus lokal oder regional angekauftem Getreide oder aus Hülsenfrüchten. Die Kosten von schweizerischem Brotgetreide und dessen Transport bis in die betreffende Region würden ein Mehrfaches des lokal oder regional angebotenen Getreides beantragen. Ausserdem entspricht oft Hirse, Sorghum, Mais oder Reis den Essgewohnheiten der betroffenen Bevölkerung weitaus besser als Weizen. Neben den eigentlichen Nahrungsmitteln werden auch Saatgut und landwirtschaftliche Geräte finanziert. Ferner werden den die Hilfe durchführenden Partnerorganisationen

Parlamentarische Initiative (Reichling) Erwerbstätigkeit der Ehegatten von Magistratspersonen

Initiative parlementaire (Reichling) Activité professionnelle et politique des conjoints de magistrats

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	17
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	88.242
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	05.10.1990 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1889-1894
Page	
Pagina	
Ref. No	20 019 032

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.